

te Steuernachweise, Exportbestellungen und Zollpapiere vorwies. Zum Teil sollen als Exportgüter ausgewiesene Produkte auf dem heimischen Markt verkauft und leere Container zwischen Guangdong und Hongkong hin und her transportiert worden sein, um an die nötigen Papiere zu gelangen.

In Chaoyang soll außerdem ein komplexes Geldwäschesystem aufgedeckt worden sein: Darin wurden illegale Einnahmen durch Untergrundbanken nach Nordwestchina transferiert und dort auf dem Schwarzmarkt gegen Devisen eingetauscht. Diese wurden dann nach Hongkong geschmuggelt und dort auf Bankkonten deponiert. Von dort wanderten die Devisen – „getarnt“ als Bezahlung für die fiktiven Exporte – schließlich zurück auf Bankkonten in Chaoyang.

Die jüngste Kampagne dürfte Teil intensiver staatlicher Anstrengungen sein, den weit verbreiteten Steuerbetrug einzudämmen und das Volumen staatlicher Fiskaleinnahmen, das bis in die frühen neunziger Jahre hinein stetig zurückgegangen war, zu konsolidieren. Seit der Einführung eines neuen Steuerverbundsystems in den Jahren 1993/94 haben sich zwar erste zögerliche Erfolge eingestellt, doch gehen dem Staat durch Steuerbetrug jedes Jahr noch immer enorme Finanzmittel verloren. (SCMP, 3., 26., 31.3.01). -hol-

tionale Sicherheit entscheidend seien, müssten Durchbrüche erzielt werden; die eigene Innovationsfähigkeit und produktive Umsetzung von Hightech-Forschungsergebnissen müssten intensiviert werden, wobei der Schwerpunkt auf der Verarbeitung agrarischer Produkte, der Herstellung von Anlagen und Ausrüstung, der Einsparung von Wasser und Energie und der Nachbehandlung von Textilprodukten zu liegen habe. Grundlagenforschung ebenso wie angewandte Forschung seien zu stärken, insbesondere auf Gebieten, die für Chinas Entwicklung wichtig seien. In diesem Zusammenhang nannte Zhu die Genforschung, Informationswissenschaft, Nanowissenschaft, Ökologie und Geowissenschaften. Zugleich wies der Ministerpräsident darauf hin, dass Forschungsinstitute weiter ermutigt werden sollten, sich mit Technologieentwicklung zu befassen und sich entweder mit Unternehmen zu verbinden oder selbst Unternehmen zu werden. (Vgl. RMRB, GMRB, 17. u. 18.3.01) -st-

18 Genforschung

Der Genforschung und Gentechnologie wurde auf der NVK-Vollversammlung im März 2001 besondere Aufmerksamkeit zuteil, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen unternahm der Shanghai-NVK-Delegierte und Präsident der Shanghai-Akademie der Sozialwissenschaften Zhang Zhongli einen Vorstoß, mit dem er ein Gesetz zum Schutz des Genmaterials forderte. Ein solches Gesetz soll verhindern, dass Genmaterial aus China ins Ausland gelangt. Als Begründung wurde angeführt, dass China wie viele Entwicklungsländer in hohem Maße einzigartiges Genmaterial besitzt, das aufgrund der zahlreichen auf chinesischem Boden lebenden Volksstämme und der geringen Mobilität der Bevölkerung bewahrt werden konnte. Das Material sei eine seltene Ressource, die Ausländern nicht ohne Genehmigung zur Verfügung gestellt werden dürfe. Auch dürfe China nicht weiter tatenlos zusehen, dass an Chinesen entdeckte, für bestimmte Krankheiten verantwortliche Gene im Ausland patentiert würden.

Zum anderen wiesen die Delegierten Shanghais und Zhejiangs, das ebenfalls in der Biotechnologie führend ist, auf die Notwendigkeit hin, dass China die Biowissenschaften verstärkt fördere, weil die Lebenswissenschaften im 21. Jahrhundert zur wichtigsten Wissenschaft würden. Auf diesem Gebiet müsse China eine herausragende Rolle spielen; es müsse in diesem Jahrhundert einer der Hauptakteure in der Welt hinsichtlich der Gentechnologie sein. Wie Yang Huanming, der Direktor des Human Genome Research Centre der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, in einem Xinhua-Interview sagte, sei es höchst wahrscheinlich, dass China in diesem Jahrhundert einer der Weltführer in der Biologie sein werde. Zhang Zhongli führte vor dem NVK aus, dass man auf dem Gebiet der Biotechnologie wichtige Durchbrüche zu erzielen hoffe, die Lösungen für so lebenswichtige Probleme Chinas böten wie Ernährung, Bevölkerung und Gesundheit sowie Ressourcen, insbesondere Energie. Schon jetzt sei China in der Welt führend in Bezug auf Hybridreis-Forschung und leiste damit einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Ernährungsfrage. Zudem würde genveränderte insektenresistente Baumwolle in China vermarktet, während genveränderte Getreidesorten wie Weizen und Mais zwar entwickelt, aber noch nicht genehmigt worden seien. In Bezug auf biologische Medikamente seien große Fortschritte gemacht worden; seit 1989 seien 18 mit Hilfe von Gentechnologie entwickelte Pharmazeutika und Impfstoffe auf dem Markt, und mehr als 30 seien klinisch getestet worden. Überdies würde in klinischer Forschung Gentherapie angewendet. Ein anderer Wissenschaftler für Biotechnologie, Qiang Boqing, machte auf Forschungsprogramme aufmerksam, die die Sequenzierung des Genoms vom Schwein und Hybridreis durchführten mit dem Ziel, schnellwachsende Schweine und Hochertragsreis zu züchten, zwei wichtige Aufgaben bei der Lösung der Ernährungsfrage. Und nicht ohne Stolz wies er darauf hin, dass China an dem Human Genome Project teilgenommen habe. Mit seiner Fähigkeit, das menschliche Genom zu entschlüsseln, habe China Weltniveau auf diesem Gebiet erreicht und eine solide Grundlage für weitere Genomprojek-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

17 Wissenschaft und Technik im neuen Fünfjahresplan

In seinem Bericht über den 10. Fünfjahresplan vor der NVK-Vollversammlung am 5. März 2001 betonte Ministerpräsident Zhu Rongji, dass der Strategie „Wissenschaft und Erziehung sollen das Land zur Blüte führen“ nach wie vor große Bedeutung zukomme. Er rief zu verstärkten Anstrengungen auf dem Gebiet der Hightech-Forschung auf, die von großer strategischer Wichtigkeit sei. In einer Reihe von Schlüsselgebieten, die für die Volkswirtschaft und die na-

te gelegt. Die Gentechnologie, so hieß es weiter, werde in zunehmendem Maße ein wirtschaftlicher Wachstumsfaktor. In Beijing werde ein Industriepark für Biotechnologie gebaut, und in der Boomstadt Shenzhen sei das größte Zentrum für Biotechnologie im Bau.

Bei aller Euphorie über die Fortschritte in dieser neuen Technologie wurden auch besonnenere Töne laut. So erklärte Shi Yuanchun, stellvertretender Vorsitzender der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik, auf einer Pressekonferenz während der NVK-Sitzung, die chinesische Regierung nehme eine vorsichtige Haltung in Bezug auf genveränderte Getreidesorten ein; man sei dabei, gesetzliche Bestimmungen über die Kontrolle biotechnologischer Entwicklungen aufzustellen. Die Übertragung eines Gens von außen in einen lebenden Organismus stelle eine potenzielle Gefahr für den Menschen dar, die geprüft und beobachtet werden müsse. Die chinesische Regierung messe daher dem Sicherheitsaspekt große Bedeutung bei. Bislang gebe es in China noch keine Lizenz für genmodifizierte Nahrungsmittel.

Die chinesische Regierung, so wurde ebenfalls bekannt, lehne das Klonen von Menschen ab. Dies sagte Hong Guofan, der Direktor des Staatlichen Genforschungszentrums an der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und zugleich Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Man unterscheide zwischen Klontechnologie und Klonen von Menschen (d.h. Tiere werden in China geklont). (Vgl. XNA, 9. u. 14.3.01) -st-

19 Erste Zensusergebnisse

Am 28. März 2001 veröffentlichte das Staatliche Statistische Amt ein Komunique mit ersten amtlichen Ergebnissen der in der ersten Novemberhälfte 2000 in China durchgeführten nationalen Volkszählung. Danach wurde für den 1. November 2000 eine Bevölkerungszahl von 1.265.830.000 ermittelt. Diese Zahl umfasst die Bevölkerung der 31 Provinzen, autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte Chinas ohne Hongkong, Macau, Taiwan und die Inseln Ma-zu und Jinmen. Wird die Bevölkerung der letztgenannten Gebiete hinzuge-

rechnet, so ergibt sich eine Gesamtbevölkerungszahl von 1.295.330.000. Davon entfallen auf Hongkong 6,78 Mio., auf Macau 440.000 und auf Taiwan inklusive der kleineren Inseln vor der Küste Fujians 22,28 Mio.

Damit hat sich die Bevölkerung seit dem letzten Zensus des Jahres 1990 um 132,15 Mio. oder um 11,66 Prozent erhöht. Dies bedeutet eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 1,07 Prozent, das sind 0,4 Prozentpunkte weniger als in den 1980er Jahren. Der Direktor des Staatlichen Statistischen Amtes Zhu Zhixin wertete das Ergebnis als Erfolg der offiziellen Geburtenregelungspolitik, mit der das Bevölkerungswachstum eingedämmt werden konnte. Man habe den dritten Babyboom der Volksrepublik seit 1949 überwunden und erwarte, dass die Bevölkerung künftig pro Jahr um nicht mehr als zehn Mio. zunehme. Infolge der Ein-Kind-Politik hat auch die durchschnittliche Größe einer Familie im vergangenen Jahrzehnt abgenommen, und zwar um statistisch 0,52 Personen auf nunmehr 3,44 Personen.

Die Aufgliederung der Bevölkerung nach Geschlecht ergibt einen Anteil von 51,63 Prozent männlichen und von 48,37 Prozent weiblichen Geschlechts. Bei dem Faktor 100 für den weiblichen Anteil entfällt auf den männlichen Anteil der Faktor 106,74 (1990: 106,6), d.h. Letzterer hat sich weiterhin erhöht.

Zur Altersstruktur macht das Komunique folgende Angaben: Der Anteil der 0-14-Jährigen an der Gesamtbevölkerungszahl beträgt 22,89 Prozent, derjenige der 15-64-Jährigen 70,15 Prozent. Der Anteil der Alten über 65 Jahre macht 6,96 Prozent aus und beträgt heute 88,11 Mio. Damit hat er sich gegenüber 1990 um 1,39 Prozentpunkte erhöht. Im selben Zeitraum sank der Anteil der 0-14-Jährigen um 4,8 Prozentpunkte.

Die Nationalitätenbevölkerung ist schneller gewachsen als die hanchinesische Bevölkerung. Sie hat seit 1990 um 16,7 Prozent zugenommen gegenüber 11,22 Prozent Wachstum bei den Han-Chinesen. Der Anteil der Nationalitäten an der Gesamtbevölkerung beträgt 8,41 Prozent, in absoluten Ziffern sind das 106.430.000.

Hinsichtlich des Bildungsniveaus ist eine deutliche Verbesserung festzustellen. Der Anteil der Analphabeten (von 15 Jahre an aufwärts) hat seit der vierten Volkszählung von 1990 um 9,16 Prozentpunkte abgenommen und beträgt jetzt 6,72 Prozent. Auf 100.000 Personen kommen 3.611 Personen mit Hochschulabschluss (einschl. Fachhochschule). Gegenüber 1.422 im Jahre 1990 bedeutet dies einen Zuwachs von 154 Prozent. Die Zahl derjenigen mit dem Abschluss der Sekundarstufe I erhöhte sich von 23.344 (1990) auf 33.961 pro 100.000. Zugleich sank die Zahl der Personen mit lediglich Grundschulabschluss von 37.057 auf 35.701 pro 100.000.

Die Aufteilung nach Stadt- und Landbevölkerung ergibt einen Anteil in den Städten (*cheng* und *zhen*) von 36,09 Prozent und auf dem Lande von 63,91 Prozent. Damit hat sich der Anteil der städtischen Bevölkerung gegenüber 1990 um 9,86 Prozentpunkte erhöht.

Die Fehlerquote der Volkszählung wird mit 1,81 Prozent angegeben, was – gemessen an internationalen Standards – relativ gut wäre. Entsprechend stuft das Statistische Amt die Zensusdaten als zuverlässig ein. (Vgl. RMRB, XNA, 29.3.01) Die Beurteilung der Zuverlässigkeit muss künftigen Analysen durch Fachleute überlassen werden. Noch sind nicht alle Daten ausgewertet. Weitere Kommuniqués werden folgen. Doch schon jetzt ist Skepsis angebracht, weil viele Bewohner – vor allem in ländlichen Gegenden – aus Furcht davor, wegen unerlaubter Kinder bestraft zu werden, die Kooperation mit den Zensusmitarbeitern verweigert haben. Anders sind die wiederholten Aufrufe der Behörden während der Volkszählung nicht zu verstehen, alle sollten genaue Angaben machen, und niemand habe wegen zusätzlicher Kinder Sanktionen zu befürchten. -st-

20 Todesopfer bei Schulexplosion

Am 6. März 2001 ereignete sich in einer Dorfschule in dem Dorf Fanglin im Nordosten der Provinz Jiangxi eine Explosion, bei der mindestens 42 Personen, zumeist Schulkinder, aber auch vier Lehrer, getötet und zahllose

Kinder verletzt wurden. Nach inoffiziellen Berichten soll die Zahl der Todesopfer 56 betragen. Die Dorfbewohner berichten übereinstimmend, dass die Explosion dadurch ausgelöst wurde, dass die Kinder in der Schule Feuerwerkskörper zusammensetzen mussten, um Geld zu verdienen. Sie beschuldigen den Parteisekretär des Dorfes, den Schulleiter und andere Lehrer, die Kinder ausgebeutet und zu der Arbeit gezwungen zu haben, und dies nicht, weil die Schule Geld brauche, sondern weil sie korrupt seien. Schließlich zahlten sie für ihre Kinder pro Jahr mindestens 500 Yuan Schulgeld, sodass die Schule genug Geld habe. Tatsächlich hätten sie schon vor Jahren gegen die gefährliche Arbeit in der Schule protestiert. Für eine Zeit lang sei die Arbeit eingestellt worden, aber seit einiger Zeit sei sie wieder aufgenommen worden.

Die offizielle Version des Unglücks, die sich zunächst auch Ministerpräsident Zhu Rongji zu Eigen machte, sieht jedoch anders aus. Danach soll ein 32-jähriger Geisteskranker die Explosion durch eine Bombe verursacht haben. Er selbst fand bei dem Unglück den Tod. Die Dorfbewohner halten diese Version für eine Lüge. Der Verdacht, dass diese Version nicht der Wahrheit entspricht, wird durch das Verhalten der örtlichen Regierung gestützt. Diese verhält sich nämlich, als habe sie etwas zu verbergen. So sollen zumindest für kürzere Zeit die Telefonleitungen des Dorfes gekappt, die Zufahrtstraße zum Dorf durch Polizei abgesperrt und den Dorfbewohnern untersagt worden sein, mit Journalisten von außerhalb zu sprechen. Ein Reporter der SCMP soll bei dem Versuch, zur Unglücksstelle vorzudringen, verhaftet und sein Film konfisziert worden sein. Auch einige ausländische Reporter sollen auf dem Weg zu dem Dorf zurückgewiesen worden sein. Der Sprecher des Außenministeriums beschuldigte die ausländischen Medien falscher Berichterstattung und Verdrehung der Tatsachen, um China anzugreifen.

Die offizielle Version des Tathergangs wurde drei Tage nach dem Unglück von der Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlicht. Einen Tag zuvor hatte Zhu Rongji sie schon bei einem Treffen mit Hongkonger Delegierten anlässlich der NVK-Vollversammlung

verkündet. Am 15. März jedoch äußerte der Ministerpräsident während einer Pressekonferenz zum Ende der Vollversammlung Zweifel. Er gab zu, dass die von chinesischen und ausländischen Medien geäußerte Skepsis angebracht sei, und sagte wörtlich: „Ich möchte mich entschuldigen und über meine eigene Arbeit nachdenken.“ Zhu versicherte, die Unglücksursache werde weiter untersucht, bis die Wahrheit ans Licht komme. Die Schuldigen, und seien es die Leiter des Dorfes, des Kreises oder selbst der Provinzgouverneur, würden entlassen und bestraft. (Vgl. SCMP, 12.-17.3.01)

Damit hat Zhu Rongji versucht, die Glaubwürdigkeit der Regierung wieder herzustellen. Bei der Dorfbewölkerung wurde seine Geste wohlwollend aufgenommen, aber es wird allgemein bezweifelt, dass die örtliche Regierung an der Aufdeckung des tatsächlichen Hergangs interessiert ist. Möglicherweise will die örtliche Führung verschleiern, dass sie sich an den Erträgen der Kinderarbeit bereichert hat. Dies wäre von einer unabhängigen Untersuchungskommission zu prüfen. Nicht zu verbergen brauchen die örtlichen Stellen jedoch, dass Kinder in den Schulen produktive Arbeit leisten. Diese ist seit Jahrzehnten eine allgemein verbreitete Erscheinung. Geschah die praktische Tätigkeit unter Mao aus ideologischen Gründen, so sind heute wirtschaftliche Gründe maßgeblich; durch schulische Wirtschaftstätigkeit sollen die Finanzen der Schulen aufge bessert werden. Für die Finanzierung der Schulen sind die unteren Verwaltungsebenen selbst verantwortlich. Viele Gemeinden sind zu arm, um die Schulen zu unterhalten, andere verwenden die für Bildung bestimmten Mittel für andere Zwecke. Die Misere des ländlichen Schulwesens spiegelt sich darin wider, dass viele Schulen auf wirtschaftliche Tätigkeit ihrer Schüler angewiesen sind. Dennoch ist nicht die Wirtschaftstätigkeit der Schulen skandalös – sie ist durchaus als systemimmanent anzusehen –; skandalös ist vielmehr, dass die Schulkinder auch gefährliche Arbeit verrichten müssen und die Sicherheitsvorkehrungen äußerst mangelhaft sind. -st-

Außenwirtschaft

21 Veränderungen in Joint-Venture-Gesetzgebung verabschiedet

Mitte März d.J. wurde vom NVK die Veränderung des Joint-Venture-Gesetzes angenommen. Das in seiner ersten Version von 1979 datierende Gesetz wurde 1990 erneut angepasst und ist nunmehr mit Blick auf die Anforderungen der WTO erneut entsprechend verändert worden. (BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific Economic File, 20.3.01)

Zu den wichtigsten Veränderungen zählt, dass Joint Ventures nicht mehr den entsprechenden Regierungsabteilungen ihre Produktionspläne vorlegen und dass sie nicht mehr an erster Stelle auf chinesische Lieferungen zurückgreifen müssen. Damit erhalten Joint Ventures auch formal unabhängige Entscheidungsrechte im Management und sind nicht mehr an lokale Zulieferungen (*local content*) gebunden bzw. müssen keine Exportquoten mehr erfüllen. Joint Ventures werden nun zumindest formal chinesischen Unternehmen nach dem Prinzip des „national treatment“ der WTO gleichgestellt. (CEN, 26.3.01)

Weiterhin kündigte Zeng Peiyan, Minister der Staatlichen Entwicklungskommission während eines Deutschlandbesuchs im März d.J. an, dass den meisten Joint Ventures keine Beschränkung mehr hinsichtlich ihres Investitionsanteils auferlegt würden. (NfA, 27.3.01) -schü-

22 WTO-Beitritt weiterhin unklar

MOFTEC-Minister Shi Guangsheng antwortete Anfang März d.J. auf die Fragen von Journalisten zum erwarteten Beitritt zur WTO, dass ihm nicht möglich sei, einen Termin vorzusagen. Ausländische Analysten bewerteten diese Aussage als Hinweis darauf, dass es auf der chinesischen Seite aufgrund von Differenzen zwischen den Ministerien zu weiteren Verzögerungen hinsichtlich des WTO-Bei-